UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES
JAN 5 1937

Mittags-Ausgabe.
Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Freitag, 18. Dezember	Nr. 1693

Augenzeugenbericht von den Greueln in Madrid.

Salamanca, 18. Dezember. Ein ausländischer Kaufmann, der seit Jahren in Madrid ansässig war und sich bis zum 5. Dezember in der spanischen Hauptstadt aufgehalten hat, gibt einen sensationellen Bericht über die unglückliche Lage in Madrid. Der Gewährsmann, dessen Glaubwürdigkeit vollkommen außer Zweifel steht, und der mit den derzeitigen Zuständen genau vertraut ist, gibt eine geradezu erschütternde Darstellung über das „Leben" und Treiben in der einstmals blühenden spanischen Hauptstadt, die jetzt zur einem Ort des Grauens, einer Lasterhöhle und jüdischem Verbrecherschlupfwinkel geworden ist.

Lebensmittelnot. — Keine Kohlen.

Die Lage in Madrid ist als vollkommen verzweifelt anzusehen. Die wenigen Lebensmittel, die über einige noch offene Straßen von Valencia und Barcelona, genau wie Kriegsmaterial, nach Madrid hereinkommen, reichen bei weitem nicht aus, daß alle versorgt werden können. Milch, Eier und Fleisch sind überhaupt nicht zu haben. Für die Jugend macht sich vor allem der Mangel an Milch bemerkbar. Die Säuglingssterblichkeit nimmt rapide zu.

Als Ration stehen der Bevölkerung je Person und Woche 1 Kilogramm Linsen und Reis zur Verfügung. In den Geschäften ist das Personal angewiesen, bei Klagen über die unzureichenden Lebensmittel auf die bemächtigt eintreffenden sowjetrussischen Zutreiben hinzuweisen.

Schlimm ist auch die Kohlennot, da alle Zufuhren seit der Inbesitznahme der Penarroyagruben durch die Nationalen ausfallen. Diejenigen, die sich noch im Sommer einen genügenden Vorrat angeschafft hatten, müssen jetzt erleben, daß die Kommunisten Kommandos in die Häuser schicken und die Kohlenvorräte für sich „beschlagnahmen" lassen.

Leninbilder an den Häusern.

Das Stadtbild Madrids bietet einen trostlosen Anblick. Leere Geschäfte, zerstörte Häuser, Mauertrümmer in den Straßen. Dafür hängen große Plakate und Bilder mit den Köpfen Lenins, Stalins und sonstiger sowjetrussischer Verbrecher an den Hauswänden und sind in Transparenten über die Straße gespannt.

Mit Bekanntgabe der neutralen Zonen, in die General Franco der nichtkämpfenden Madrider Zivilbevölkerung, Frauen und Kindern, einzuziehen empfahl, hatten die Madrider „Behörden" nichts Eiligeres zu tun, als sich selbst dort in Sicherheit zu bringen. Die Polizeidirektion, das Gemeindeamt und der „Verteidigungsausschuß" flüchteten sich in die der Zivilbevölkerung anempfohlene Gegend. Der Ansturm in diese Straßen war derart groß, daß in Zehn- und Zwölf-Zimmerwohnungen mitunter 150 Menschen (!) in drangvoller Enge hausen.

Jeder vermeidet es nach Möglichkeit, auf die Straße zu gehen. Gesindel in irgendwelchen Uniformen, das sich „Miliz" nennt, durchzieht gröhlend und singend die Straßen. Wenn es anfangs noch geschah, daß diese „Befreier Spaniens" bei ihren Vorbeimärschen mit „Heil Moskau" begrüßt wurden, empfängt sie heute eisige Stille, und manche Hand hallt sich in der Tasche.

Mit der Pistole zu Erdarbeiten gezwungen.

Hausdurchsuchungen mit anschließender „Erschießung", sprich Ermordung, sind noch wie vor an der Tagesordnung. Wehrlose Gefangene zu Erdarbeiten und sonstigen Arbeiten gehört nach wie vor zum „Sport" der jüdisch-bolschewistischen Anführer. Die Verteidigungsarbeiten vor den Toren Madrids, die zu Aufgabe der „Milizen" wären, werden Passanten und Kaffeehausgästen „auferlegt".

Bewaffnete Horden fallen plötzlich in ein Kaffeehaus ein und zwingen die anwesenden Gäste mit der Pistole in der Hand, sich zu Trupps zu formieren und zum Schützengrabenaushwerfen anzutreten. Wer solchem Trupp begegnet, muß sich wohl oder übel anschließen. Diese „Angeworbenen" werden mit Vorliebe zu exponierten Stellungen geführt, so daß viele von ihnen, die den Kämpfen vollkommen fernstehen, und deren Sympathie bestimmt nicht bei den roten Verbrechern ist, ihr Leben lassen müssen.

Das unrühmlich bekannte „Verteidigungskomitee" leitet ein General Cleber, den sich die roten Verbrecher aus Moskau verschrieben haben. Cleber tat sich bei den damaligen Kommunistenkämpfen in Ungarn als besonders grausam hervor. Er galt als die rechte Hand des jüdischen Subjekts Béla Khun.

„Undisziplinierte Mörderbande".

Ein Oberst des französischen Generalstabes, der den Oberbefehl über die gesamten Madrider Streitkräfte führen sollte, lehnte dies aber bereits nach drei Wochen ab. Seine Erfahrungen mit den Horden waren derart, daß er seinen Rücktritt damit begründete, daß er sagte, es sei unmöglich, mit einer „undisplinierten Mörderbande" zu arbeiten.

Im übrigen „residieren" in Madrid 18 sowjetrussische Generalstabsoffiziere, die im Savoy-Hotel wohnen. Einige wurden bei einem der letzten Bombenangriffe auf die Stadt getötet.

Die Disziplinlosigkeit geht so weit, daß ein Angriffsbefehl eines Obersten zuvor von einem politischen Komitee gutgeheißen werden muß. Es ist vorgekommen, daß Pläne und Angriffsbefehle von dem Komitee einfach zurückgezogen wurden. Die Autorität wird dadurch völlig untergraben.

Verbrecherklub „Internationale Brigade".

Hinter der Kampfzone treibt sich das übelste Gesindel herum. Offiziere vertreiben hier mit lichtscheuen Elementen beim Kartenspiel, Gelagen und anderer Kurzweil ihre Zeit.

Die Zusammensetzung der „Internationalen Brigade" ist derart, daß man einen großen Teil ihrer Mitglieder von Steckbriefen und polizeilichen Laufzetteln her kennt. Kommunisten aus allen Ländern suchten hier Unterschlupf, um im Trüben zu fischen. Gegen 6000 Verbrecher haben sich hier zusammengefunden, um unter der Anführung des früheren Abgeordneten Hans Beimler ihre Schandtaten zu begehen. Beimler wurde am 1. Dezember erschossen — man nimmt als sicher an, daß ihn seine Genossen ermordet haben. Jetzt führt General Cleber diese „Elitetruppe".

Zur Zeit sind etwa 60 000 Waffenfähige in Madrid. 25 000 sind mit Gewehren bewaffnet, 10 000 tragen nur Pistolen. Die übrigen habe militärische Ausbildung erfahren.

Dirnen und Megären im Frauenbataillon.

Das ursprünglich 3000 Frauen umfassende „Frauenbataillon" wurde nach und nach mit der Kolonne Mangada zusammengelegt. Unterschlupf in diesem Bataillon, dessen Schöpfer General Mangada ist, suchten hauptsächlich Dirnen und Verbrecherinnen, die bei Beginn der Unruhen aus den Gefängnissen flohen. Es sind die abscheulichsten Weiber, die sich hier zusammengefunden haben und ein geradezu erschreckend übles Leben führen. Hemmungslos leben sie ihren Trieben und Süchten, krankhafte Entartungen sind an der Tagesordnung. Hunderte dieser Weiber mußten Mitte September wegen unheilbarer Geschlechtskrankheiten erschossen werden (!).

Heute ist das Frauenregiment sehr zusammengeschmolzen und auch ohne eigentlichen Einfluß, dafür haben es aber einige Weiber verstanden, sich sehr großen Einfluß zu sichern. In Madrid ist es z. B. stadtbekannt, daß die eigentliche Leitung des Mustergefängnisses in den Händen der Freundin des Direktors liegt, von der man sagt, daß sie, die als Sadistin gilt, eigenhändig über 300 Gefangene in den Kellern des Gefängnisses erschossen hat.

Ein beliebtes Spiel unter den roten Verbrechern ist weiter, um das Leben von Gefangenen zu würfeln und sie als Einsatz beim Kartenspiel zu bewerten. Wer gewinnt, kann sich irgend einen der wehrlosen Gefangenen als Zielscheibe aussuchen (!). Mancher frühere Politiker wurde auf diese Art und Weise erschossen.

Die Zahl der seit dem 18. Juli Ermordeten wird auf über 50 000 geschätzt. An manchen Tagen werden über 500 Ermordete in die Leichenhallen eingeliefert. Niemand, der es nicht selbst erlebt hat, kann sich das grauenhafte Bild vorstellen, das diese „Leichenmagazine" bieten. Es ist vorgekommen, daß Angehörige, die die Leichen von Familienangehörigen feststellen wollten, wahnsinnig wurden beim Anblick dieser Greuel. Zweijährige Kinder gehören zu den Erschlagenen.

Berliner Juden in Madrid.

Als Höhepunkt der jüdischen Unverschämtheit wird mit angesehen, daß Haussuchungen fast immer unter der Leitung von Juden stattfinden. Vielfach sind es aus Deutschland eingewanderte Juden, die die Haussuchungen durchführen und vor allem Korrespondenzmaterial, das sie vorfinden, auf ihren Inhalt prüfen.

Devisenschiebungen für Moses Rosenberg.

Es wimmelt in Madrid von Devisenschiebern. Eine der größten Schiebungen, die kürzlich aufgedeckt wurde, haben jüdische Schieber im Auftrage ihres Rassegenossen, des sowjetrussischen Botschafters Moses Rosenberg durchgeführt, der auch angeordnet hat, daß Wertgegenstände, Devisen und Goldbarren, Pfundschecks usw., die bei Haussuchungen „beschlagnahmt" werden, an ihn abzuliefern sind. Er verwertet sie dann angeblich im Auftrage weiter.

Das Wirtschaftsleben liegt unter diesen Umständen natürlich völlig brach. Der sowjetrussische Einfluß macht sich aber auch in allem bemerkbar. Die wenigen Firmen, die noch zu tun haben, werden von einem sogenannten „Rat" geleitet, der immer im jüdisch-kommunistischen Sinn handelt. Die Direktionen der Banken haben keine Rechte mehr und auch nicht die Befugnis, Gelder auszugeben.

Die Spanische Nationalbank, die früher einen der größten Goldschätze der Welt besaß, ist völlig verarmt. Die Reste der Nationalbank wurden mit Schweißapparaten geöffnet, da dann die roten Verbrecher sich den Inhalt aneignen konnten. Acht Gruppen waren 14 Tage hindurch mit der Ausplünderung beschäftigt. In Säcken wurde dann der Inhalt nach Valencia und Cartagena geschickt.

Die Tickefabüros, von denen acht in Madrid bestehen, haben das Recht, Erschießungen vorzunehmen. Als Beisitzer dieser Büros fungieren aus Deutschland emigrierte Juden.

Inzwischen dauert die Flucht aus Madrid an. Bisher sind etwa 300 000 Frauen und Kinder nach Valencia, Alicante und Cartagena abtransportiert worden. Alle Autodroschken wurden beschlagnahmt.

Wohnungsplünderungen bei deutschen Familien.

Wohnungen, von denen bekannt ist, daß sie Deutschen, Italienern oder Portugiesen gehörten, wurden vom Pöbel vollständig ausgeräumt. Das deutsche Reisebüro, das an seiner Fassade in Leuchtbuchstaben das Wort „Alemania" trägt, wurde zerstümmt. Mit Maschinengewehren wurde die Leuchtschrift heruntergeschossen. Da man glaubte, daß sich Nationalisten in den Innenräumen versteckt hätten, fuhren Panzerwagen vor. Die Tür wurde erbrochen und die gesamte Einrichtung verwüstet.

Amsterdamer Juden bekamen Spaniens Gold.

Die Spanische Nationalbank hat ihre Reserven und Einlagen teils nach Valencia geschickt, um es von dort nach Frankreich und Belgien weiterleiten zu lassen. Erhebliche Beträge dieses spanischen Nationalvermögens gingen aber an internationale Juden, deren jüdischer Mittelsmann im Hotel Carlton in Amsterdam saß. Vom 24. Juli bis 5. Oktober hat die Spanische Nationalbank nach Originaldokumenten, die der Gewährsmann einsehen Gelegenheit hatte, 1 450 000 000 Peletas an dritte Personen überwiesen.

Trotz aller Greuel und des Zusammenbruchs in Spanien, die mittlerweile der ganzen Welt bekannt wurden, scheuen sich die Freimaurer nicht, den spanischen Roten und ihrem internationalen verbrecherischen Anhang Sympathiekundgebungen zuteil werden zu lassen. Auch von solchen Dokumenten konnte unser Gewährsmann Kenntnis nehmen.

Die „Times" über die deutschen Kolonialforderungen.

London, 18. Dezember. Die mit einer Anfrage von David Cecils an die **Times** eingeleitete Erörterung der Kolonialfrage wird am Freitag mit einem Brief von C. L. Bennett fortgesetzt. Der Verfasser schreibt, daß die deutschen Kolonialforderungen nicht auf unbestimmte Zeit ignoriert werden könnten. Er sei überzeugt, daß jeder Deutsche unmöglich vergessen könne, daß im Widerspruch zu dem Buchstaben und Geist der 14 Punkte Wilsons und trotz des von Lloyd George gegebenen Versprechens Deutschland seiner gesamten Kolonialbesitzungen beraubt worden sei.

„Wer unter uns", schreibt Bennett weiter, „will heute bestreiten, daß der Versailler Vertrag durch verschiedene Forderungen entstellt wurde, die später im kühleren Licht der Vernunft und Erfahrung gesehen, hart, rachsüchtig und nicht zu verteidigen zu sein scheinen."

Dank der wachsenden Macht Deutschlands und auch dank des britischen Einflusses seien jedoch die besonders hervorspringenden Mängel des Vertrages bis auf einen gemildert oder beseitigt worden. Nichtsdestoweniger sei jeder ein Optimist, der sich einbilde, das neue Deutschland mit seiner großen Bevölkerung und seiner ungeheuren Kraft werde auf unbestimmte Zeit die Tatsache hinnehmen, daß es allein von allen Mächten für immer ohne Kolonien sein solle. Dieser wirtschaftliche Nachteil und dieser nationale Schandfleck werde von allen Deutschen so nachdrücklich abgelehnt, daß sie früher oder später Forderungen stellen würden, die eine Entscheidung verlangten.

Portugiesische Zeitung zu Deutschlands Kolonialansprüchen.

Lissabon, 18. Dezember. Die Zeitung Correio do Minho beschäftigt sich mit Deutschlands Anspruch auf Kolonien. Das Blatt schreibt, es sei nunmehr die Zeit gekommen, Deutschland Gerechtigkeit angedeihen zu lassen. Der Versailler Vertrag bedeute auf kolonialem Gebiet nichts anderes, als eine Vergewaltigung eines großen Landes, die heute nicht mehr verstanden werde.

Die Menschheit habe durch die Enteignung Deutschlands und durch die Mandatsverwaltung des früheren deutschen Kolonialbesitzes keinerlei Vorteile. Deutsch-Südwestafrika sei eine Wüste gewesen und durch die disziplinierte und systematische Arbeit Deutscher erschlossen worden. Dasselbe treffe auf Deutsch-Ostafrika zu, das bis zur Erschließung durch Deutschland ungesund und unfruchtbar gewesen sei.

„Es sind jetzt 18 Jahre her", so schreibt das Blatt, „und man beginnt jetzt einzusehen, daß der „Friedensvertrag" kein gerechtes Werk, sondern eine unerträgliche Last für die Menschheit ist. Niemand würde sich auflehnen, wenn die Staaten Deutschland die Kolonie Westafrika zurückgeben würden."

Nächtliche Haushaltsaussprache in der Pariser Kammer.

Paris, 18. Dezember. In der Nachtsitzung der Kammer übte der frühere Finanzminister **Reynaud** heftige Kritik am Haushalt und bezeichnete ihn als den drückendsten, den Frankreich je gekannt habe. Der Staat müsse Geld leihen, und zwar 40 Milliarden. Am ernstesten sei aber nicht die Lage der Staatsfinanzen, sondern die der Gemeindeverbände. Es sei nicht zu bestreiten, daß seit der Frankenabwertung eine gewisse Belebung des Arbeitsmarktes festzustellen sei, aber sie sei bei weitem nicht so groß, wie man bei einer 34%igen Abwertung habe erwarten dürfen. Es sei auch ein seltsames Schauspiel, daß die Marxisten in Frankreich den Kapitalisten als Zins für Staatspapiere das Doppelte zahlten wie die Konservativen in England. Das ganze Uebel komme von der Preissteigerung; nichts stehe den Interessen der Arbeiter mehr entgegen als eine Geldentwertung.

Finanzminister **Vincent-Auriol** verteidigte demgegenüber den Haushalt. Die für öffentliche Arbeiten ausgegebenen Milliarden kämen im Kreislauf der Wirtschaft wieder zum Vorschein. Der Außenhandel belebe sich. Von September bis November sei die Ausfuhr von 1870 Millionen auf 2250 Millionen gestiegen. Die Belebung der Wirtschaft sei nicht zu leugnen. Auch die früheren Haushalte hätten Milliardenfehlbeträge aufgewiesen. Tatsächlich blieben vom Haushalt nur 31 v. H. für Verwaltungs- und soziale Zwecke, sowie für das geistige Leben Frankreichs übrig; denn 66 v. H. würden für den öffentlichen Schuldendienst in Anspruch genommen. Es sei unmöglich, die Steuern zu erhöhen. Man könne aber auch nicht einfach 16 Milliarden streichen, die erst das Leben des Landes ermöglichten.

Man werfe der Regierung vor, daß sie die Löhne und Gehälter erhöht habe und die Preise steigen lasse. Aber die Ruhe des Elends seien stärker als die wirtschaftlichen Berechnungen. Es sei ein Verbrechen, von einer neuen Abwertung zu sprechen. Gewiß gebe es eine Politik, die zu einer neuen Abwertung führe; er aber wolle eine andere Politik machen. Die Abwertung datiere erst seit einem Monat. Es sei bekannt, daß deren Wirkungen sich stets sehr langsam bemerkbar machten. Je stärker die Wirtschaft sei, umso weniger stark werde sie die öffentlichen Lasten spüren.

Die „Männer der Lüge", die einen Fehlbetrag von 30 Milliarden errechneten und die Wiederherstellung des Vertrauens forderten, suchten im Wahrheit durch ihre Ungenauigkeiten eine finanzielle Panik zu schaffen. Dieses Jahr der Weltausstellung müsse für Frankreich das Jahr der wirtschaftlichen Wiederbelebung werden.

Sitzung des polnischen Ministerrats.

Warschau, 18. Dezember. Der polnische Ministerrat nahm am Donnerstag eine Reihe von Gesetzentwürfen an, darunter ein neues Statut für die Polnische Literatur-Akademie und ein Statut für das Josef Pilsudski-Institut, das den Forschungen über die neueste Geschichte Polens gewidmet ist.

Ein Brief Tschiangkaischecks?

Nanking, 18. Dezember. Am Freitag traf auf dem Flughafen von Nanking General Tschiangtingwen aus Sianfu ein. Angeblich soll er dem Kriegsminister einen Brief Tschiangkaischecks überbringen. Zu diesem Zweck habe ihn Tschanghsueliang eigens freigelassen.

Tschiangtingwen war kürzlich von Tschiangkaischek zum Befriedungskommissar in Schensi, Ningsia und Kansu ernannt worden. Dadurch war die Militärgewalt im Nordwesten auf ihn übergegangen, obwohl er an sich Tschangshsueliang unterstellt war. Dies dürfte einer der Gründe der Unzufriedenheit Tschanghsueliangs und seiner Unterführer sein.

Verantwortlich: Kurt Schwartzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H., Berlin.